

1.1 Zielsetzung der Arbeit

Mein Forschungsinteresse richtet sich auf die Konstruktionen von Sicherheit im Staatsbildungsprozess sowie auf deren Manifestierung als *koloniale Kontinuitäten* im postkolonialen politischen System. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem kamerunischen Teil unter französischer Mandatsverwaltung, um die Sicherheitskonstruktionen in diesem Gebiet intensiv als vertiefte Einzelfallstudie untersuchen und die Konflikte um die Etablierung einer *Grammatik der Sicherheit* im *Statebuilding* aufzuzeigen zu können. Des Weiteren strebte ich eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem französischen Interventionismus in einer Verlaufsperspektive an, die in der Literatur bisher vernachlässigt wird (Charbonneau, 2014), obwohl die Nachwirkungen der französischen Kolonialzeit politisch und wirtschaftlich eine große Rolle spielen. Zudem entwickelte sich im französischen Teilgebiet Kameruns ein Konflikt um die Bedingungen der Unabhängigkeit: Recht früh gründete sich die UPC, die als antikoloniale Partei und Sicherheitsakteur agierte. Die Partei wurde im Verlauf des Konflikts verboten, was den Konflikt entscheidend prägte.

Die Konstruktionen von Sicherheits- und Bedrohungswahrnehmungen, ihre Brüche und Dilemmata werden hier in einer historischen Verlaufsperspektive analysiert. Sicherheit war entscheidend für die Aushandlung von Herrschaft, wie die empirische Analyse zeigen wird. Auch wenn die deutsche Kolonialperiode recht kurz war, hatte sie in Kamerun weitreichende Folgen: Nach Ende des Ersten Weltkrieges gingen alle ehemaligen deutschen Kolonien in den Völkerbund über und wurden international verwaltet. Dieses System wurde später in das UN-Treuhandsystem umgewandelt und schuf damit die Bedingung für einen internationalisierten Dekolonisierungsprozess. Auch wenn zeitgleich Menschenrechte internationale Geltung erfuhren und ein Zusammenwachsen Europas eingeleitet wurde, kam es in einigen UN-Mandatsgebieten, wie etwa in Kamerun, zu gewaltvollen Konflikten – trotz eines UN-Mandats, das Großbritannien und Frankreich gemeinsam ausführten. Heute ist das Engagement Frankreichs in Kamerun äußerst negativ besetzt und wird kritisiert, obgleich Frankreich UN-Mandatsmacht und nicht Kolonialmacht war. Diese Entwicklung steht vor dem Hintergrund, dass der erste postkoloniale Präsident im Amt, Ahmadou Ahidjo, Kamerun in der Zeit nach der offiziellen Unabhängigkeit zu einem autoritären Staat aufbaute, der ein Gedenken an die Kolonialzeit und die Widerstandskämpfer unmöglich machte (Tiewa, 2011). Jegliche Erinnerungen an den antikolonialen und nationalistischen Widerstand wurden aus dem offiziellen Diskurs verbannt und Kameruner_innen, die daran erinnerten, verfolgt (Eckert, 2000). Erst 1992 erfolgte die Rehabilitation der Partei UPC, die hauptsächlich für den antikolonialen Kampf in Kamerun stand (Krieger, 1994). Mein Forschungsinteresse verortet diese Arbeit an der Schnittstelle zwischen Global Studies und Dekolonisierungsliteratur sowie sozialwissenschaftlichen Analysen zu Staatlichkeit und externem Statebuliding

innerhalb der internationalen Beziehungen. Die rezipierten Literaturstränge beschäftigen sich mit dem gewaltvollen Werden von Gesellschaften, mit deren Zusammenhalt sowie mit Friktionen innerhalb der entsprechenden Gesellschaftsstruktur. An dieser Stelle setzt die Arbeit an: Die historische Situation Kameruns, in der das Land unter einem UN-Treuhandomandat international dekolonisiert wurde, schafft auch für Forschende eine besondere Situation. Durch die UN-Beteiligung kann Einblick genommen werden in die Diskurse und Praktiken eines *Statebuilding*-Prozesses, der sich im Kontext internationaler Dekolonisierungskämpfe ereignete. Durch die Rechenschaftspflicht gegenüber der UN kann über Mitschriften, Protokolle und Publikationen aus Archiven direkt ermittelt werden, wie die mandatierte französische Verwaltung Staatsaufbau dachte und ausführte sowie welche Probleme und Gefahren dabei konstruiert wurden. Anstatt diesen Staatsbildungsprozess jedoch schlicht nachzuerzählen, ermittle ich neue analytische Verknüpfungen, die zum einen – auf der theoretischen Ebene – konzeptionelle Erkenntnisse liefern, zum anderen – auf der empirischen Ebene – eine vertiefende Auseinandersetzung mit den Folgen von Dekolonisierungsprozessen ermöglichen.

Innerhalb der IB, insbesondere in der Literatur zu *Statebuilding* und Sicherheitsforschung, wird zwar in vielerlei Hinsicht die Bedeutung der Historisierung sowie Dekolonisierung der eigenen Konzepte betont; gleichzeitig aber scheinen mit der konkreten Analyse von Kolonialismus zu viele Komplikationen verbunden, um diese Dynamiken tatsächlich in den Blick zu nehmen. Diese Arbeit geht nun der Frage nach Kontinuitäten nach und ermittelt Konstruktionen von Unsicherheit und Bedrohungen, die im postkolonialen System Geltung erfahren; leitend ist die Frage, wie die *Grammatik der Sicherheit* Eingang in den postkolonialen Staat fand. Der Wahrnehmung von Bedrohung, Unsicherheit und Gewalthandeln kommt dabei eine besondere Rolle zu, wie ich zeigen werde: Einerseits dient sie als Bestätigung der prekären Sicherheitssituation, andererseits verweist sie als Aufmerksamkeitsverstärker auf die Konkurrenz um Legitimität und deutet damit auf unterschiedliche Akteurspositionalitäten hin. Somit untersuche ich, im Fall Kamerun, *Statebuilding* als Prozess und innerhalb dessen das Feld Sicherheit.

1.2 *Securitizing Africa?* Eine Relevanzbegründung

Neben der besonderen historischen Konstellation des UN-Treuhandrates begründet sich die Relevanz dieser Arbeit aus der bisher kaum untersuchten Bedeutung von Sicherheit für Dekolonisierungskontexte und postkoloniale *Statebuilding*-Prozesse in einer Verlaufsperspektive: Das Konzept *Statebuilding* bedeutet, dass legitime staatliche Institutionen im Rahmen einer Mission aufgebaut werden. Kritik an den modernen *Statebuilding*missionen gibt es insbesondere bezüglich